

Niederschrift

über die 34. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 12.12.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
2 Einwohnerfragestunde	4
3 3. Bericht zur Finanzsituation 2019 zum 30.11.2019 Vorlage: SFI/0370/2019	4
4 Haushalt	4
4.1 Lesung des Haushalts 2020 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste	4
4.2 Lesung des Haushalts 2020 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Beschlussempfehlung an den Rat, Veränderungsliste	11
5 Fachnetzwerk Fördermittelakquise Vorlage: SFI/1053/2019	20
6 Anträge	21
7 Anfragen	21
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	21
9 Termin der nächsten Sitzung: 05.02.2020	21
10 Verschiedenes	21

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied abwesend ab 19:30 Uhr

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Leo Jürgens ab 19:30 Uhr

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jürgen Eimer

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied Vertretung für Frau Dr. Karen Schomberg

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro der Bürgermeisterin und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Herr Jürgen Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3 3. Bericht zur Finanzsituation 2019 zum 30.11.2019 Vorlage: SFI/0370/2019

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4 Haushalt

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert das Vorgehen zu den folgenden Haushaltsberatungen. Zunächst würde unter TOP 4.1 über Anträge der Fraktionen und die Veränderungsliste beraten, die den Hauptausschuss als Fachausschuss mit originärer Zuständigkeit betreffen. Unter TOP 4.2 erfolge dann die Beratung über Anträge, die aus den Fachausschüssen an den Hauptausschuss zur Entscheidung verwiesen wurden. Zuletzt erfolge die Beratung und Abstimmung über die Veränderungsliste der Fachausschüsse sowie den Gesamtempfehlungsbeschluss an den Rat.

4.1 Lesung des Haushalts 2020 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste

Nr. 4.1-1: Antrag der FDP-Fraktion zur Streichung der Ansätze für den Verkauf von Meerbusch-Artikeln

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.1-2: Antrag der FDP-Fraktion zur Streichung des Ansatzes für die Druckversion des Stadtkalenders

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.1-3: Anfrage der FDP-Fraktion zum Rechnungsprüfungsamt

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Umsetzungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes nach Übertragung der Aufgaben der Rechnungsprüfung an den Rhein-Kreis Neuss zum 01.01.2020. Weiterhin führt sie zum Abrechnungsverfahren der internen Leistungsbeziehungen aus, die trotz der Aufgabenübertragung im Haushalt 2020 ausgewiesen sind. Grundlage hierzu seien die jährliche Abrechnungsfrist der internen Leistungsbeziehungen für den Folgehaushalt zum 31.08. eines Jahres sowie der erst im Nachgang dazu gefasste Beschluss zur Übertragung an den Rhein-Kreis Neuss. Die Berücksichtigung der Veränderungen erfolge im Jahresabschluss 2020.

Nr. 4.1-4: Antrag der FDP-Fraktion zur Erhöhung der Fortbildungskosten für Digitalisierungsmaßnahmen

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.-1-5: Antrag der FDP-Fraktion zur pauschalen Reduzierung der IT-Kosten und Prüfung des Preismodells des Rechenzentrums

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		1	1
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	14	1

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.1-6: Antrag der FDP-Fraktion zur pauschalen Reduzierung der Hardwarekosten

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 4.1-7: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Ausbau umweltfreundlicher Energieerzeugung an städtischen Gebäuden

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen.

Bürgerzentrum Osterath

Nr. 4.1-8: Antrag der Fraktionen CDU und SPD zu Planungskosten in 2020 für ein Bürgerzentrum Osterath

Nr. 4.1-9: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu Planungskosten in 2021 für Bürgerzentren in Meerbusch, mit Sperrvermerk

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die bestehende Planungsgruppe in den vorbereitenden Arbeiten für ein Konzept und die Gründung eines Vereines für das Bürgerzentrum weit fortgeschritten seien, das entsprechende Konzept werde durch die Vereine in der Februar-Sitzung vorgestellt.

Ratsherr Damblon führt aus, dass Planungskosten als Zeichen des politischen Willens bereits für 2020 berücksichtigt werden sollten, aus Gründen des laufenden Verfahrens sollte dies zunächst nur für Osterath geschehen.

Ratsherr Peters verweist auf das bestehende Interesse auch aus anderen Stadtteilen an solchen Einrichtungen, eine Beschränkung auf Osterath sei daher nicht sachgerecht, außerdem solle zunächst das Konzept des Trägervereines abgewartet werden.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes hält das Vorantreiben des Verfahrens in Osterath für sinnvoll, nicht zuletzt, da dies als Blaupause für andere Stadtteile genutzt werden könne.

Ratsherr Rettig sieht keine Notwendigkeit für etwaige Planungskosten, da zunächst ein Konzept vorgestellt werden müsse. Ebenso könnten spätere Aspekte aus dem in der Erarbeitung befindlichen Handlungskonzept Osterath zum jetzigen Zeitpunkt keine Berücksichtigung finden.

Sodann wird über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Abstimmung zu Nr. 4.1-8: Antrag der Fraktionen CDU und SPD:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	12	6	

Der Antrag ist somit angenommen.

Abstimmung zu Nr. 4.1-9: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.1-10: Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des Ansatzes für Erdbestattungen durch das Ordnungsamt

Ratsherr Damblon führt aus, dass die derzeitige, ausschließliche Möglichkeit der Feuerbestattung von Personen ohne Angehörige und Vermögen sowie die Nichtnutzung der Trauerhallen eine unwürdige Verfahrensweise darstelle.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass dies ca. 10 Beerdigungen p.a. betreffe, die Grabpflege im Falle einer Erdbestattung falle in die Zuständigkeit der Stadt.

Ratsherr Quaß führt aus, dass eine Erdbestattung, auch im Nachgang, unnötige Kosten verursache, eine Feuerbestattung sei ausreichend.

Ratsherr Neuhausen merkt an, dass es bei einer finanziell gut ausgestatteten Stadt wie Meerbusch nicht an rund 1.000,- € pro Beerdigung durch das Ordnungsamt scheitern sollte.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		1	1
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	13	4	1

Der Antrag ist somit angenommen.

4.1-11: Antrag der FDP-Fraktion zu Öffentlichkeitsarbeit für Erstwähler bei der nächsten Kommunalwahl

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD			3
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	6	9	3

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.1-12: Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Ansatzes für einen gesunden Mittagssnack in Grundschulen

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	2	

Der Antrag ist somit angenommen.

4.1-13: Antrag der FDP-Fraktion zum Kauf des Areals Haus Meer

Ratsherr Rettig führt aus, dass in der Vergangenheit viele Gespräche und Themen rund um das Areal Haus Meer geführt worden seien, konkrete Maßnahmen seien jedoch nie zustande gekommen. Laut Aussage des Landtagsvizepräsidenten, Herrn Keymis, sei eine Förderung des Landes nicht zu erwarten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass mit dem Regierungswechsel auf Landesebene auch ein erhöhtes Interesse des Landes an der Entwicklung des Areals zu verzeichnen sei, entsprechend wurde zuletzt ein Gespräch mit der zuständigen Ministerin geführt, die Fördermittel des Landes in Aussicht gestellt habe. Gleichsam seien konkrete Aufgaben genannt und verteilt worden, ebenso wären eine Schadensbegutachtung und die Benennung notwendiger Investitionen erfolgt. Bereits in der jüngeren Vergangenheit seien die Immunitätsmauer und das Teehäuschen instand gesetzt worden. Es könne daher keine Rede davon sein, dass keinerlei Maßnahmen ergriffen würden.

Auf Nachfrage erläutert sie, dass diese Informationen erst jetzt, nach Vorliegen des zugehörigen Gesprächsprotokolls, veröffentlicht werden konnten.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.1-14: Antrag der FDP-Fraktion zur Streichung des Ansatzes für das Magazin „Blickpunkt Wirtschaft“

Ratsherr Rettig führt aus, dass das Magazin seit 2018 nicht mehr erschienen sei und eine Notwendigkeit seitens der FDP-Fraktion nicht gesehen werde. Vielmehr solle die Wirtschaftsförderung die Vernetzung der Unternehmen über digitale Angebote verstärken.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass zuletzt aufgrund der personellen Umbesetzungen im Bereich der Wirtschaftsförderung kein Magazin erschienen sei, für die Meerbuscher Wirtschaft sei dieses jedoch eine interessante und gefragte Lektüre. Von einer Abschaffung solle daher abgesehen werden. Das Konzept solle im Rahmen der nächsten Veröffentlichung aktualisiert und in Teilen neu aufgestellt werden.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.1-15: Anfrage der FDP-Fraktion zur Steigerung der Personalaufwendungen sowie der steigenden Zuwendungen in den Bereichen der Investitions- sowie der Schul- und Bildungspauschale

Herr J. Wirtz erläutert, dass entgegen des Runderlasses des Landes NRW eine Personalkostensteigerung von 2% berücksichtigt würde, da neben neuen Stellenschaffungen auch andere Faktoren, beispielsweise die regelmäßigen Tariferhöhungen, zu berücksichtigen seien. Die im Erlass genannte Steigerung von nur 1% sei daher als Orientierungswert, auch aus Erfahrung der Vergangenheit, unrealistisch und nicht sachgerecht.

Hinsichtlich der Steigerungen im Bereich der Zuwendungen verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die Anpassungen in der Veränderungsliste der Verwaltung.

Weiterhin weist die Bürgermeisterin auf die durch die Verwaltung im Rahmen der Veränderungsliste zur 1. Lesung erfassten Anpassungen und Ergänzungen hin.

Empfehlungsbeschluss an den Rat

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltsansätze der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2020 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	13	3	2

4.2 Lesung des Haushalts 2020 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Beschlussempfehlung an den Rat, Veränderungsliste

Zunächst erfolgt die Beratung und Abstimmung zu Anträgen, die aus den Fachausschüssen an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen wurden.

4.2-1: Antrag der Fraktion Die Linke / Piratenpartei zur Reduzierung des Ansatzes für die Bewirtschaftung von Baumscheiben und das Schaffen eines Ansatzes für Beetpatenschaften mit Sperrvermerk

Ratsherr M. Becker erläutert, dass der Ansatz um 5.000,- € auf dann 5.000,- € reduziert werden solle.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		1	1
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	12	1

Ratsherr Damblon nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.2-2: Antrag der Fraktion UWG / Freie Wähler: Erhöhen des Ansatzes für die Bewirtschaftung der Baumscheiben um 10.000,- € p.a.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	1	16	

Ratsherr Damblon nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.2-3: Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung eines Ansatzes von 2.000.000,- € für den Neubau von Sozialwohnungen / Übergangwohnheim

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, dass der Planungsausschuss die Suche nach einem geeigneten Grundstück beschlossen hätte. Um mit dem aus Sicht der SPD-Fraktion notwendigen Bau bereits 2020 beginnen zu können, sollten entsprechend nicht nur Planungs-, sondern ebenfalls Baukosten berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	13	4	

Ratsherr Damblon nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Antrag ist somit angenommen.

4.2-4: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Neubau von vier Kitas

Ratsherr Peters führt aus, dass zeitnah Bedarfe für neue Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet gegeben seien, ebenso seien die Fördermöglichkeiten bis ins Jahr 2022 attraktiv, sodass diese nach Möglichkeit umfänglich ausgeschöpft werden sollten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage bestätigt, dass die Bedarfe auch seitens der Verwaltung gesehen würden. Sie stellt die Planungen der Verwaltung hinsichtlich des Neubaus von Kindertagesstätten im Stadtgebiet vor. Alternativ zur durch die Absage der evangelischen Kirchengemeinde entfallenden, viergruppigen Einrichtung an der Dietrich-Bonhoeffer-Straße solle in der kommenden Sitzung des Rates eine Vorlage zum Bau einer sechsgruppigen Einrichtung am Weißenberger Weg im Bereich der Gesamtschule eingebracht werden. Mit dem Bau dieser Kita solle in 2020 begonnen werden. Für 2021 seien zwei, je viergruppige Einrichtungen in Osterath und Nierst an noch zu ermittelnden Standorten vorgesehen. Ebenfalls in 2021 sei die Erweiterung der Kita „Tabaluga“ in Lank von vier auf dann sechs Gruppen beabsichtigt, diese Maßnahme sei bereits im Haushalt veranschlagt. Für das Jahr 2022 werde eine weitere sechsgruppige Kita im Bereich des Böhler-Erweiterungsgeländes in Buderich vorgesehen, für das Jahr 2025 sei mit dem Beginn der geplanten Aufsiedlung eine ebenfalls sechsgruppige Einrichtung im Siedlungsgebiet Kamper Weg in Osterath vorgesehen. Die Fördermöglichkeiten würden bis 2022 somit umfänglich genutzt. Von einer Fortführung der Förderung über das Jahr 2022 hinaus sei zudem auszugehen.

Sodann wird über den Antrag, unter Berücksichtigung der entsprechenden Planungen der Verwaltung, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Antrag in Form der durch die Verwaltung vorgeschlagenen Planung ist somit angenommen.

4.2-5 / -6: Anträge der SPD-Fraktion zur Schülerbeförderung

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes erläutert, dass der Antrag unter 4.2-6 „Einführung eines Schokotickets für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II“ den Antrag unter 4.2-5 ersetze. Letzte-

rer ist daher kein Gegenstand der Beratung. Zum Inhalt des Antrages führt sie aus, dass die Schülerinnen und Schüler frühzeitig an die Nutzung des ÖPNV herangeführt werden sollten, ebenso solle der Individualverkehr, auch zu den Schulen, verringert werden. Sie erklärt, den Antrag zurückziehen zu wollen und im Ausschuss für Schule und Sport erneut zu beraten.

Die Verwaltung erhält den Auftrag, die Möglichkeiten der Finanzierung und Gestaltung des Ticket-systems für die Schülerinnen und Schüler, zunächst der Sekundarstufe II, zu prüfen und die Ergebnisse im Ausschuss für Schule und Sport vorzustellen.

4.2-7: Empfehlungsbeschluss des Sozialausschusses zur Beratung hinsichtlich eines Zuschusses i. H. v. 6.500,- € zugunsten der Diakonie Meerbusch für die Beschäftigung einer Kraft für das Begegnungszentrum „von Hand zu Hand“ im Pappkarton.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert auf Hinweis des Rats Herrn Quaß, dass der Sozialausschuss die Entscheidung über den Zuschuss in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen habe, nachdem dieser aufgrund eines Antrages und einer Vorstellung der Diakonie Meerbusch in der Sitzung des Sozialausschusses thematisiert worden sei.

Ratsherr Damblon weist darauf hin, dass diese kurzfristige Beantragung des Vereins ohne Möglichkeit der Beratung und Prüfung in den Fraktionen erfolgt sei, das Verfahren sei daher nicht korrekt verlaufen und seine sachgerechte Entscheidung nicht möglich.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	8	10	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4.2-8: Antrag der SPD-Fraktion: Erhöhung des Ansatzes für wechselnde Ausstellung von Skulpturen und Citylight-Plakataktionen

Ratsherr Neuhausen erläutert, dass der vorhandene Ansatz um 3.000,- € erhöht werden solle, sodass insgesamt 8.000,- € für die Maßnahme zur Verfügung stünden – 5.000,- € für Citylight-Plakataktionen sowie 3.000,- € für die wechselnde Ausstellung von Skulpturen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	1		1
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	1	1

Der Antrag ist somit angenommen.

4.2-9 / -10 / -11 / -12: Anträge der Fraktionen CDU, SPD, UWG / Freie Wähler und Die Linke / Piratenpartei zur Umgestaltung des Dr.-Franz-Schütz-Platzes

Ratsherr Rettig fragt, um was für Maßnahmen es sich bei den gestellten Anträgen handeln soll, da sowohl das ISEK, als auch das Einzelhandelskonzept die Möglichkeiten für die Nutzung des Platzes beinhalteten und Rahmenbedingungen hierzu geschaffen hätten.

Ratsherr Damblon führt aus, dass zahlreiche Bürgerwünsche vorlägen, die eine Umgestaltung des Platzes beinhalteten. Um dies politisch zu berücksichtigen, sollte eine entsprechende Planung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten erfolgen, ggfs. auch unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Gemäß des Antrages der CDU-Fraktion sollten hierzu 70.000,- € eingestellt werden.

Ratsherr M. Becker hält etwaige Planungen für wesentlich günstiger realisierbar.

Ratsherr Peters erläutert, dass ein höherer Planungsansatz sinnvoll erscheine, zunächst sollten aus diesem jedoch Ideen für eine Gestaltung erarbeitet werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass das ISEK im Zuge eines Handlungskonzeptes für den Budericher Ortskern den Dr.-Franz-Schütz-Platz einbeziehe, eine alleinige Betrachtung des Platzes sei im ISEK jedoch nicht erfolgt, entsprechend könne das Verfahren zur Gestaltung des Platzes noch beraten werden.

Die Fraktionen stellen daher folgenden Antrag: Schaffen eines neuen Ansatzes i. H. v. 70.000,- € mit Sperrvermerk für ein Planungskonzept zur Gestaltung des Dr.-Franz-Schütz-Platzes. Die Verwaltung wird beauftragt, verschiedene mögliche Verfahren zur Gestaltungsplanung zu benennen und diese im Planungsausschuss zur Beratung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen.

4.2-13: Antrag der Fraktion UWG / Freie Wähler zur Einführung eines 365 € Tickets im ÖPNV

Nach kurzer Beratung wird der Antrag von Ratsfrau Henning zurückgezogen und zur weiteren Beratung in den AK ÖPNV gestellt.

Blitzer in Nierst

Unter Verweis auf die in der Veränderungsliste der 1. Lesung erfasste Maßnahme zur Installation eines Blitzers in Nierst und der diesbezüglichen, durch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bau- und Umweltausschuss beantragten, Streichung der Maßnahme „Sanierung Wirtschaftsweg Rheinfeldweg“ führt Ratsherr Peters aus, dass die Installation des Blitzers für nur eine Fahrtrichtung nicht sinnvoll erscheine, da aus der Gegenrichtung gleichermaßen Ausweichverkehre zu erwarten seien.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den vorliegenden Zahlen einer zweiwöchigen Messung durch den Rhein-Kreis Neuss aus. Demnach seien im Zeitraum vom 14.11. – 28.11.2019 im Rahmen einer durchgängigen Kontrolle von Geschwindigkeit und Verstößen gegen das LKW-Durchfahrtsverbot durch eine semi-stationäre Anlage insgesamt 151 Fahrzeuge erfasst worden. Hierunter seien 50 PKW mit Geschwindigkeitsverstößen sowie 32 verfolgbare Verstöße gegen das LKW-Verbot gewesen, 68 weitere Verstöße gegen das Verbot könnten aufgrund fehlender Abkommen zum Datentransfer mit den Herkunftsländern der LKW nicht weiterverfolgt und ein Bußgeldverfahren nicht eröffnet werden. Diese Zahlen verdeutlichten, dass ein sachgerechtes und zielgerichtetes Vorgehen gegen die Verstöße hinsichtlich des LKW-Fahrverbotes nicht möglich sei, die vorliegenden Zahlen belegten dies eindeutig. Zudem müsse aufgrund eines rund 30minütigen Umweges für den LKW-Verkehr davon ausgegangen werden, dass die Speditionen das Bußgeld in Kauf nähmen und die Strecke weiterhin verbotswidrig nutzten. Eine regelmäßige und intensive Kontrolle seitens der Polizei könne aufgrund des dort vorherrschenden Personalmangels nicht umgesetzt werden.

Ratsherr Peters erklärt, dass unter Berücksichtigung der genannten Aspekte von der Idee eines Zweirichtungs-Blitzers Abstand genommen würde.

Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Beschlussempfehlung an den Rat

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist auf die Veränderungsliste aus den Fachausschüssen hin. Sodann wird über die einzelnen Produktbereiche abgestimmt.

Produktbereich 010, Innere Verwaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 020, Sicherheit und Ordnung

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 050 Soziale Leistungen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 060 Kinder, Jugend- / Familienhilfe

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 080 Sportförderung

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFO

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 100 Bauen und Wohnen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/- anlagen, ÖPNV

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 140 Umweltschutz

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 150, Wirtschaft und Tourismus

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten			1
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15		3

Produktbereich 160, Allgemeine Finanzwirtschaft

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 170 Stiftungen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Gesamtempfehlungsbeschluss:

Die **Haushaltssatzung 2020** einschließlich beschlossener Veränderungen samt Anlagen wird dem Rat in der nunmehr vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung **gem. § 80 Abs. 4 GO NRW** empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen			2
UWG	1		
Die Linke/Piraten			1
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	13		5

5 Fachnetzwerk Fördermittelakquise
Vorlage: SFI/1053/2019

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Beratungsvereinbarung mit der Kommunal Agentur NRW abzuschließen und dem Fachnetzwerk „Fördermittelakquise für Kommunen in NRW“ beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

9 Termin der nächsten Sitzung: 05.02.2020

10 Verschiedenes

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass die kommende Sitzung des Hauptausschusses auf den 05. Februar vorgezogen werden sollte, da bis zum 09. Februar die Frist für Stellungnahmen zur Bundesfachplanung für das Ultranet laufe. Um eine rechtzeitige politische Beratung der Stellungnahme sicherzustellen, werde ein Verschieben der Sitzung notwendig. Eine Beratung im Rat sei aufgrund des zeitlichen Ablaufes nicht möglich.

Das Eingehen der Unterlagen zum Genehmigungsverfahren des Konverters nach dem BImSchG durch den Rhein-Kreis Neuss sei für Januar zu erwarten. Hinsichtlich des Ablaufes der hierzu zu fertigenden Stellungnahme werde die Verwaltung ebenfalls rechtzeitig informieren.

Eine Sitzung des Sonderausschusses zur Zukunft der Feuerwehr sei ebenfalls für den 05. Februar vorgesehen, sofern die Umfänge der Tagesordnung des Hauptausschusses dies zuließen.

Meerbusch, den 19. Dezember 2019

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer